

abendausgabe einen Artikel mit der Überschrift: „Geht nach Bern!“, worin es heißt:

„Sehe stiele, was guter Wille in nötig, um nur ein Weniges auf dem Gebiet der internationalen Verständigung zu erreichen. Aber unmöglich ist dem festen Willen nichts. Und wenn man den deutsch-französischen Gegensatz als unüberwindlich bezeichnen möchte, so wird man sich doch nicht der Einsicht entziehen dürfen, daß der deutsch-französische Gegensatz, der lange Jahre als ebenbürtig geglättet erschien, in der letzten Zeit viel von seiner Schärfe verloren hat. Es mag schwer sein, aber es ist nicht unmöglich, auch zwischen Deutschland und Frankreich die Grundzüge für vernünftiges Nebeneinanderleben zu schaffen. . . .“

„Ob diese Mahnung auf fruchtbarerem Boden fällt, wird sich zeigen. Sie steht es aber mit dem Zentrum? Will diese „christliche“ Partei, die vorgibt, den katholischen Bevölkerungsteil zu vertreten, die Gelegenheit veräumen, an der Versöhnung der beiden großen Völker mitzuwirken? Unter den Unterzeichnern der Schweizer Einladung befinden sich Katholiken. In einem neuen deutsch-französischen Kriege würden Katholiken auf Katholiken schießen! Geht der Hurra-patriotismus dieser am Erzberger und Spahn schon so weit, solche Tatsachen völlig zu übersehen? Für das Zentrum sollte eigentlich doch erst recht die Aufforderung gelten, die das Berliner Tagesblatt an den bürgerlichen Liberalismus richtete: Geht nach Bern!“

Zurück mit dem Einjährigenprivileg.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beibehaltung des Einjährigenprivileg bei gleichzeitiger Erhöhung der Präsenzstärke geradezu eine Grausamkeit gegen die Rechtprivilegierten bedeuten würde. Wird das Einjährigenprivileg abgelehnt, dann können, ohne daß sich die Gesamtpräsenz verringert, 7500 Soldaten gesparrt werden. 7500 Wundertaugliche und Söhne von Familien, die durch die Wehrpflicht schon übermäßig belastet sind. Wird es beibehalten, dann müssen auch diese letzten 7500 in die Kaserne!

Es ist bekräftigt worden, daß die geplante Erhöhung der Präsenzstärke eine Herabsetzung der bisherigen Ansprüche an die Tauglichkeit notwendig macht. Gegen diese Abnehmungsverluste wendet sich die Volkszeitung mit ausführlichen statistischen Nachweisungen, wobei sie zu diesem Ergebnis gelangt: „Tatsache ist übrigens, daß die Zahl der „unbedingten Tauglichen“ niemals die Ziffer 58 v. H. erreicht hat und daß niemals mehr als 56 v. H. eingestuft sind. . . .“

Königlich preussische Jugendbewegung.

Am Freitag wurde im Volkshaus das patriotische Fest der sogenannten Beratung der staatlichen Jugendpflege gefeiert. Man hat dieses Jahr eine Million mehr aus den Steuergehältern, die das ganze Volk aufbringen muß, dem edlen Juvet gewidmet, die Arbeiterjugend ihren eigenen Interessen abwendig zu machen. Dieser erhebende Anlaß

wurde von dem konservativen Pfarrer Hederoth und dem Staatsminister benutzt, um den Lehrentausch für die Prüfung der Jugendliteratur mit dem Kampfpfeil zu winkeln, daß genetter werden dürfen. Die Zentrumredner suchten ihren professionellen Jugendvereinen einen möglichst großen Teil der patriotischen Jugendspende zu sichern und einer von ihnen entziffelte sich wieder einmal über den Simplicissimus. Genosse Hirsch ging der ganzen Treibhauskulture einer antisozialistischen Jugendbewegung energisch zu Felde. Er konnte die niedliche Entpöbelung produzieren, daß derselbe Verlag, von dem die Angriffe auf die Lehrentausch ausgehen, noch bis vor nicht allzu langer Zeit sich eifrig demütigt hat, seinen Verlagsprodukten das Wohlwollen und eine Empfehlung des Bildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verschaffen!

Nachdem sich noch einige Dreiklassenmänner über sozialdemokratische Lieberwälder entziffert hatten — das Adlige über die Angriffe hatte Hirsch schon vorher gesagt — schmitt man Lieberwälder das Wort ab.

Die Bürgermeisterwahl in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wählte in geheimer Sitzung im ersten Wahlgange den bisherigen Stadtrat Dr. Luppe zum Bürgermeister. Dies Resultat ist eine schwere Niederlage der rechtstehenden Fortschrittler, die bis zur letzten Stunde versuchten, die Wahl Luppe zu hintertreiben. Die Stadtverordnetenversammlung war vollständig versammelt. Die Gegner Luppe machten zunächst den Versuch, die Wahl hinauszufchieben, sie beantragten Ausschreibung des Postens. Die Mehrheit lehnte jedoch diesen Antrag ab. Bei der Wahl erhielt Stadtrat Luppe 38 Stimmen, Stadtrat Dr. Heilbrunn 18 und Stadtrat Leicher 14 Stimmen. Luppe bekam also nur 2 Stimmen über die absolute Majorität. Heilbrunn erhielt nur 18 freistimmige Stimmen, 14 Fortschrittler und wahrscheinlich 2 Mittelständler stimmten für Luppe, auf den noch die 22 sozialdemokratischen Stimmen fielen. Die Nationalallberalen und 2 Mittelständler wählten den Stadtrat Leicher. — Die Frankfurter Bürgermeisterei wird die Wahl Luppe mit Befriedigung aufnehmen. Sie bedarf der Befähigung durch den preussischen König; diese dürfte jedoch kaum verweigert werden.

Wer hat angefangen?

Die Erklärung des Reichskanzlers, daß er schon im November vorigen Jahres an den Plan einer neuen Militärverfassung herangetreten sei, wird von der Pariser Lanterne folgendermaßen glosiert:

„Deshalb stellt nicht länger ein Zweifel. Wir haben das Gebändnis des Reichskanzlers. Es war im November 1912, da die deutsche Reichsregierung den Plan erkennen hat. . . .“

Auch die France verweist bei dieser Feststellung auf schließt:

„Die Projektteilnehmer sind angeblich, die Sache ist erledigt. Seien wir dem Nachfolger Bismarcks dafür dankbar, daß er die Verhandlungen durch die entscheidende Versicherung aufgestellt hat. . . .“

Durch diese Versicherungen wird nicht nur die leidige Tatsache festgestellt, daß es wieder einmal Deutschland gewesen ist, das angefangen hat, in ihnen tritt auch der Wunsch zutage, durch den Verzicht Deutschlands auf die Dienstvermehrung von der drohenden Last der dreijährigen Dienstzeit befreit zu werden. Dieser Wunsch ist begreiflich und verdient in Deutschland die stärkste Beachtung.

Patriotischer Kapitalismus. Je näher die Zahlung des Schadloshaltens rückt, um so eürriger gehen annehmend die Kapitalisten daran, ihr Geld ins Ausland zu retten. Die Wallitzer Handelskammer sieht sich schon veranlaßt, eine öffentliche Warnung vor der Anlage von Geldern bei auswärtigen Banken zu erlassen. Die Anlage im Auslande birgt Schwierigkeiten für Redaktionsverfolgungen, und zudem sei der Zinsfuß in Deutschland nicht ungünstiger. An den Patriotismus appelliert die Handelskammer nicht, weil sie wohl einseht, daß das seinen Eindruck auf unsere Kapitalbesitzer machen würde.

Abbau des Jesuitengeleges. Einem Berliner Mittagsblatt über die Jesuiten vorgenommen habe, aus München gebräut: „Diese Erhebungen sind schon seit Dezember im Gange. . . .“

Der angenommene Gnadenfonds. Die zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtages hat in ihrer Nachmittagsitzung die dritte Lesung des Staatsbudgets und den letzteren mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. . . .“

Der belohnte Bekmann. Die Reichstagskommission, soll der Kaiser an den Reichskanzler anlässlich seiner im Reichstage gehaltenen Rede ein in sehr gnädigen Worten gehaltenes Telegramm gerichtet haben.

Ausland.

Schweiz.

Gemeindewahlen.

Z. Zürich, 10. April. In den meisten Gemeinden des Kantons Zürich finden am nächsten Sonntag die Gemeindewahlen im Zeichen des Majoritätstums statt, das die Vergewaltigung der Arbeiterschaft überall da bedeutet, wo sie nicht die Mehrheit besitzt, die sie selber erst in wenigen Gemeinden hat. . . .“

Die Wahlen in Zürich stehen im Zeichen des Generalstreiks, den die Bürgerlichen zu ihrer Wahlparole machten. Der Große Stadtrat hat darüber in vier großen Sitzungen verhandelt, und die bürgerlichen Scharfmacher taten alles, um das Bürgertum gegen Arbeiterschaft und sozialdemokratische Partei aufzureizen. . . .“

Es ist ein großes Ringen, das am Sonntag zur Entscheidung kommen soll, ein gewaltiger Klassenkampf, für den wir die Arbeiterschaft und unserer Partei vollen Erfolg wünschen!

Die Diäten der Abgeordneten.

Mit der einzigen Ausnahme von Spanien werden nun in allen konstitutionellen oder demokratischen Ländern der ganzen Erde Diäten an die gewählten Mitglieder des Parlaments bezahlt. . . .“

Dr. Leonidas Piomac hat in einer Vorlesung als zweites Heft des ersten Bandes der Wiener Staatswissenschaftlichen Studien (Verlag Franz Deuticke, Wien und Leipzig) erschienenen Abhandlung „Das Recht des Abgeordneten auf Diäten“ in sehr interessanter und lehrreicher Weise von der juristischen Seite aus behandelt, und er gibt in einem Anhang auch eine Darstellung des Diätenrechts in allen Staaten der Erde. . . .“

In der Republik Frankreich erhalten die Abgeordneten noch höhere Gehälter. Jeder Senator und jeder Deputierte erhält eine Jahrespensionshöhe von 15.000 Franc. . . .“

an den Arbeiten der Bureau oder Kommissionen oder in öffentlicher Sitzung an den Debatten und Abstimmungen teilgenommen hat. . . .“

Die Mitglieder des Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus) in den Vereinigten Staaten von Nordamerika erhalten eine Jahrespauschale — ohne Abzug! — von 7500 Dollar — 31.485 Mark, ferner 125 Dollar jährlich für Schreibmaterialien. . . .“

In großen Deutschen Reiches aber werden den Volkvertretern 20 M. abgezogen, wenn sie selbst vier Stunden in einer Kommission gearbeitet, der Sitzung im Voraus fünf Stunden beigewohnt, wiederholt da gesprochen und an mehreren Abstimmungen teilgenommen haben, aber diesfeldt kurz vor Schluss der Sitzung erkrankt und bei einer Abstimmung nicht im Saale sein können. . . .“

die Diäten werden auch bezahlt, wenn der Abgeordnete wegen Krankheit den Sitzungen nicht beizuohnen kann, und auch bei Verlagerungen, wenn sie nicht länger als 14 Tage dauern. . . .“

Die kleinen Länder mit wenigen Einwohnern, wie die Kantone der Schweiz, wie Luxemburg, Dänemark, Finnland u. s. w., gewahren allerdings keine Gehälter wie die großen demokratischen Staaten. . . .“

Die Parlamentsdiäten sind ein notwendiger Bestandteil der Demokratie; also eine Angelegenheit, die in erster Linie das Volk selbst angeht. . . .“

Die Dr. Piomac in seinem sehr interessanten und lesenswerten Werke zeigt, warum die Diäten dem föderativen Staat ein selbstverständlicher Rechtsanspruch von dem Zeitpunkt an, von dem an die Abgeordneten nicht mehr als Vertreter ihrer Person oder ihres Bestandes, sondern als Vertreter ihrer Wähler erscheinen. . . .“

Die tiefen Rel. . . . Die 14. die . . . Die 14. die . . . Die 14. die . . .